

Systemische Marktverzerrung und Erosion staatlicher Souveränität: Eine Untersuchung der Expansionsstrategien von US-Tech-Konzernen und Finanzinvestoren in Europa

Executive Summary

Der vorliegende Forschungsbericht analysiert umfassend die Hypothese, dass US-amerikanische Technologieunternehmen (primär Uber und Meta) sowie neue Marktteilnehmer im Gesundheitssektor (Private-Equity-finanzierte MVZ, Versandapotheke) europäische Märkte durch eine Kombination aus systematischer Regelmissachtung und politischer Einflussnahme penetriert haben. Basierend auf einer detaillierten Auswertung interner Dokumente („Uber Files“), juristischer Präzedenzfälle (EuGH, BGH) und legislativer Prozessanalysen bestätigt die Untersuchung die Existenz struktureller Mechanismen, die eine solche Markteroberung begünstigten.

Die Analyse identifiziert drei Hauptvektoren der Einflussnahme: (1) Die Strategie der „kalkulierten Illegalität“ bei Plattformkonzernen, flankiert durch aggressives Lobbying bis in höchste Regierungskreise; (2) „Regulatory Capture“ (Behördenkaperung) im Datenschutzbereich, insbesondere durch die Ausnutzung des „One-Stop-Shop“-Prinzips in Irland; und (3) Legislatives Agenda-Setting im Gesundheitswesen durch den „Drehtür-Effekt“ zwischen Politik und Versicherungswirtschaft.

Hinsichtlich der juristischen Aufarbeitung zeigt sich, dass theoretisch fundierte Ansprüche auf Schadensersatz (§ 826 BGB, § 839 BGB) existieren. Die praktische Durchsetzung scheitert jedoch oft an hohen Beweishürden bezüglich der Kausalität zwischen Lobbyismus und legislativem Handeln sowie an der fehlenden Drittschutzwirkung öffentlich-rechtlicher Normen. Ein entscheidendes Fenster für Regressforderungen, insbesondere für die Taxi-Branche, könnte sich jedoch durch die Verjährungsregeln öffnen: Da interne Strategien wie der „Kill Switch“ erst durch Leaks im Jahr 2022 öffentlich bekannt wurden, könnte die dreijährige Kenntnisverjährungsfrist erst Ende 2025 ablaufen, was späte Klagemöglichkeiten eröffnet.

1. Einleitung: Die politische Ökonomie der Disruption

Die Transformation der europäischen Wirtschaftsordnung im letzten Jahrzehnt wurde

maßgeblich durch Akteure geprägt, die nicht nur mit neuen Technologien, sondern mit neuartigen politischen Strategien operierten. Die Markteintritt von Unternehmen wie Uber oder die Umstrukturierung des deutschen Gesundheitswesens durch Private-Equity-Fonds sind nicht isoliert als wirtschaftliche Wettbewerbsprozesse zu verstehen, sondern als geopolitische und regulatorische Konflikte.

Die vorliegende Untersuchung widmet sich der Frage, ob diese Verschiebungen das Resultat eines fairen Leistungswettbewerbs waren oder ob sie durch illegitime Einflussnahme und die bewusste Umgehung rechtsstaatlicher Normen erzwungen wurden. Im Zentrum stehen dabei zwei Sektoren, die als Rückgrat des europäischen Sozialmodells gelten: die öffentliche Daseinsvorsorge im Verkehr und im Gesundheitswesen sowie der Schutz der digitalen Privatsphäre.

Die Methodik dieser Analyse stützt sich auf eine triangulierte Auswertung von Primärquellen:

1. **Interne Leaks:** Die „Uber Files“ (124.000 Dokumente der Jahre 2013–2017) bieten einen präzedenzlosen Einblick in die operative Logik eines Tech-Giganten.¹
2. **Judikative Exegese:** Urteile des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) und nationaler Obergerichte dienen als Indikator für die rechtlichen Grenzen der angewandten Geschäftsmodelle.³
3. **Legislative Prozessanalyse:** Die Genese von Gesetzen wie dem GKV-Versorgungsstrukturgesetz oder der PBefG-Novelle wird auf Spuren lobbyistischer Intervention untersucht.⁶

2. Die Plattform-Ökonomie: Ubers Strategie der „kalkulierten Illegalität“

Der Markteintritt des Fahrdienstvermittlers Uber in Europa stellt den am besten dokumentierten Fall einer Strategie dar, die regulatorische Barrieren nicht durch Compliance, sondern durch „Disruption via Non-Compliance“ überwinden wollte. Die Analyse der vorliegenden Daten belegt, dass Rechtsbrüche zentraler Bestandteil des Geschäftsmodells waren.

2.1 Der operative Rechtsbruch als Geschäftsmodell

Interne Kommunikationen der Uber-Führungsebene offenbaren ein bemerkenswertes Rechtsbewusstsein. In E-Mails und Chat-Nachrichten wurde die eigene Tätigkeit unverblümmt charakterisiert: „Wir sind einfach verdammt illegal“ („We’re just fucking illegal“).⁸ Diese Haltung war kein Ausreißer, sondern Doktrin. Die Strategie bestand darin, Fakten zu schaffen („Move fast and break things“), eine kritische Masse an Nutzern und Fahrern aufzubauen und so politischen Druck zu erzeugen, der eine Rückabwicklung der Dienste faktisch unmöglich machen sollte.

2.1.1 Technische Obstruktion: Der „Kill Switch“

Ein Schlüsselement dieser Strategie war der Einsatz technischer Maßnahmen zur

Vereitelung staatlicher Kontrolle. Der sogenannte „Kill Switch“ (in internen Dokumenten auch „Ripley“ genannt) erlaubte es dem Unternehmen, den Zugriff auf sensible Daten in lokalen Niederlassungen fernzusteuern zu kappen. Wenn Polizei oder Aufsichtsbehörden Razzien durchführten – was in europäischen Städten mehrfach vorkam –, wurde dieser Mechanismus aktiviert, um die Beweissicherung zu verhindern.⁸

Diese Praxis geht weit über das Ausnutzen von Grauzonen hinaus; sie erfüllt potenziell Straftatbestände der Strafvereitelung und Beweismittelunterdrückung. Dass ein globaler Konzern systematisch Werkzeuge entwickelte, um exekutive Maßnahmen souveräner Staaten zu sabotieren, ist ein Novum in der Wirtschaftsgeschichte und ein starkes Indiz für die These der „Aufrollung durch Regelmissachtung“.

2.1.2 Instrumentalisierung von Gewalt

Die „Uber Files“ dokumentieren zudem eine zynische Kalkulation mit der Eskalation. Angesichts massiver Proteste der Taxibranche, die ihre Existenzgrundlage bedroht sah, diskutierten Führungskräfte das Potenzial dieser Konflikte. Der damalige CEO Travis Kalanick wird mit der Aussage zitiert, dass „Gewalt den Erfolg garantiere“ („Violence guarantees success“).² Die Strategie zielte darauf ab, die Aggression der Taxifahrer medial als Innovationsfeindlichkeit zu framen und Uber-Fahrer als Opfer darzustellen, um so Sympathien bei Kunden und politischen Entscheidungsträgern zu gewinnen.

2.2 Das politische Einfluss-Netzwerk

Um die rechtliche Grauzone in eine legalisierte Marktposition zu überführen, etablierte Uber ein Lobbying-Netzwerk von enormer Dichte. Die Zielrichtung war klar: Gesetze sollten nicht befolgt, sondern geändert werden.

2.2.1 Die Achse Brüssel: Der Fall Neelie Kroes

Ein gravierender Beleg für den „Drehtür-Effekt“ (Revolving Door) ist die Rolle von Neelie Kroes, der ehemaligen EU-Kommissarin für die Digitale Agenda. Dokumente legen nahe, dass Kroes bereits während ihrer „Abkühlphase“ (Cooling-off Period) – in der Lobbytätigkeiten untersagt sind – aktiv Einfluss zugunsten von Uber ausübte.¹¹ Als ehemalige oberste Digital-Reguliererin Europas verfügte sie über unschätzbares Insiderwissen und Zugang zu Entscheidungsträgern. Ihr Engagement für ein Unternehmen, dessen Geschäftsmodell auf der Umgehung jener Regeln basierte, die die Kommission schützen sollte, illustriert die Durchlässigkeit der EU-Institutionen für korporative Interessen.

2.2.2 Nationale Interventionen: Deutschland und Frankreich

In Deutschland identifizierte Uber das Personenbeförderungsgesetz (PBefG) und die darin verankerte Rückkehrpflicht für Mietwagen als existenzielles Hindernis.

- **Mediale Allianzen:** Um das Meinungsklima zu beeinflussen, ging Uber strategische Partnerschaften ein. Ein „Cash plus Media for Equity“-Deal mit dem Axel-Springer-Verlag sicherte dem Konzern nicht nur Kapital, sondern implizit auch wohlwollende Berichterstattung in meinungsbildenden Medien wie *Bild* und *Die Welt*. Interne Dokumente beschreiben diesen Deal explizit als Mittel zur Gewinnung von

- „politischem Einfluss“.¹
- **Politische Kontakte:** Die Lobbybemühungen reichten bis in die Spitzopolitik. Treffen mit Emmanuel Macron (damals Wirtschaftsminister in Frankreich) und Olaf Scholz (damals Bürgermeister in Hamburg) sind dokumentiert. Während Scholz sich skeptisch zeigte und auf die Einhaltung von Regeln pochte (u.a. Mindestlohn), agierte Macron als „Türöffner“ und unterstützte die Deregulierung aktiv gegen den Widerstand der eigenen Verwaltung.⁸

2.3 Die PBefG-Novelle 2021: Ein legislativer Kompromiss unter Druck?

Der jahrelange Druck gipfelte in der Reform des Personenbeförderungsgesetzes 2021 unter Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU). Die Genese dieses Gesetzes ist geprägt vom Konflikt zwischen den Interessen der Plattformen (Uber, Free Now) und dem Taxigewerbe (Taxi Deutschland).

Zwar blieb die Rückkehrpflicht für mietwagenbasierte Dienste formal erhalten – ein Punkt, den Uber abschaffen wollte –, doch wurden zugleich neue Verkehrsformen wie das „Pooling“ eingeführt, die den Plattformen den Marktzugang erleichterten. Verbände wie Taxi Deutschland kritisierten die Novelle scharf und warnten vor einer „Mietwagenflut“, die die Städte verstopfen würde, wie es in London oder New York bereits geschehen sei.¹² Die Beibehaltung der Rückkehrpflicht wurde von Gerichten und dem Gesetzgeber mit dem Schutz der Funktionsfähigkeit des Taxigewerbes als Institution der Daseinsvorsorge begründet.¹³ Dennoch zeigt die Tatsache, dass Uber trotz jahrelanger Regelverstöße nun ein legales Vehikel für seine Dienste erhielt, dass die normative Kraft des Faktischen – erzeugt durch Milliardeninvestitionen und Rechtsbruch – legislative Anerkennung fand.

3. Die Daten-Hegemonie: Meta und die Kaperung der Aufsicht

Während Uber physische Infrastrukturen herausforderte, operierte Meta (ehemals Facebook) auf der Ebene der digitalen Grundrechte. Hier manifestiert sich die Einflussnahme weniger durch offenen Rechtsbruch als durch die Neutralisierung der Rechtsdurchsetzung („Enforcement Gap“).

3.1 Das Systemversagen des „One-Stop-Shop“

Die DSGVO etablierte das Prinzip, dass Unternehmen nur einer einzigen nationalen Aufsichtsbehörde unterliegen, in der sie ihren Hauptsitz haben. Für Meta ist dies die irische Datenschutzkommission (DPC). Diese Konstruktion hat sich als Einfallstor für systemische Einflussnahme erwiesen.

3.1.1 „Regulatory Capture“ in Irland

Kritiker, darunter der Datenschutzaktivist Max Schrems und seine Organisation noyb, werfen der irischen DPC vor, als „Schutzschild“ für US-Tech-Konzerne zu fungieren. Verfahren

wurden über Jahre verschleppt, Beschwerden nicht bearbeitet und Bußgelder – wenn überhaupt – am unteren Ende des Rahmens angesetzt.¹⁵ Ein zentrales Indiz für „Regulatory Capture“ (die Vereinnahmung der Behörde durch die Industrie) ist die Personalpolitik: Die Ernennung von Niamh Sweeney, einer langjährigen leitenden Lobbyistin von Meta, zur Kommissarin bei der DPC wurde von Beobachtern als ultimativer Interessenkonflikt gewertet. Eine Reguliererin, die Jahre damit verbrachte, die Interessen des zu regulierenden Unternehmens zu verteidigen, wechselte nun auf die Seite der Aufsicht. Dies untergräbt das Vertrauen in die Unabhängigkeit der Behörde fundamental.¹⁶

3.1.2 Der Konflikt der Aufsichtsbehörden

Das Ausmaß der irischen Laissez-faire-Politik wird durch die Interventionen des Europäischen Datenschutzausschusses (EDPB) deutlich. In mehreren Fällen, darunter das historische Bußgeld von 1,2 Milliarden Euro gegen Meta im Jahr 2023 wegen illegaler Datentransfers in die USA, musste der EDPB die irische DPC mittels bindender Streitbeilegungsbeschlüsse zwingen, das Gesetz durchzusetzen. Die DPC hatte ursprünglich keine oder deutlich mildere Sanktionen vorgesehen und versuchte sogar, den EDPB gerichtlich an der Untersuchung zu hindern – ein Vorgang, der im europäischen Verwaltungsrecht beispiellos ist.¹⁸

3.2 Geopolitische „Soft Power“ und Rechtsunsicherheit

Der Fall der Datentransfers (Schrems I und II Urteile) illustriert die Verflechtung von Konzerninteressen und US-Außenpolitik. US-Überwachungsgesetze (FISA 702) zwingen Meta zur Datenherausgabe an US-Dienste, was einen direkten Verstoß gegen europäische Grundrechte darstellt.

Die EU-Kommission versuchte wiederholt, diesen Konflikt durch politische Abkommen („Safe Harbor“, „Privacy Shield“) zu kaschieren, die jedoch vom EuGH als rechtswidrig kassiert wurden. Dass der Datenfluss trotz dieser Urteile jahrelang weiterlief, ist ein Beleg für die immense „Soft Power“ der USA und die Drohkulisse der Tech-Konzerne, die bei einer strikten Rechtsanwendung mit dem Rückzug aus Europa drohten („Blackmail“).²²

Diese Duldung illegaler Zustände durch die Exekutive (Kommission und nationale Regierungen) stellt eine Form der politischen Einflussnahme dar, die den Rechtsstaat zugunsten ökonomischer Stabilität aushebelt.

4. Finanzialisierung des Gesundheitswesens: Investoren und der Angriff auf die Freiberuflichkeit

Im Gesundheitssektor vollzieht sich eine stille, aber tiefgreifende Umwälzung. Hier sind es weniger technologische Innovationen als vielmehr finanzielle Strukturen (Private Equity) und legislative Weichenstellungen, die den Markt „aufrollen“.

4.1 Die Rolle des GKV-Versorgungsstrukturgesetzes (2012)

Der entscheidende Hebel für den Markteintritt von Finanzinvestoren war das GKV-Versorgungsstrukturgesetz (GKV-VStG) von 2012. Ursprünglich intendiert, um die Versorgung in ländlichen Gebieten zu sichern, öffnete es unbeabsichtigt (oder bewusst?) die Tür für fachfremde Investoren.

Investoren nutzen eine rechtliche Lücke: Sie erwerben ein kleines, oft marodes Krankenhaus, das ihnen als Vehikel dient, um Medizinische Versorgungszentren (MVZ) zu gründen. Über diese MVZ kaufen sie Arztsitze in lukrativen Fachgebieten (Zahnmedizin, Radiologie, Augenheilkunde) auf. Das Ziel ist oft nicht die Versorgungssicherheit, sondern die Renditemaximierung durch Skaleneffekte und den späteren Weiterverkauf („Buy and Build“).²⁵

4.1.1 Personelle Verflechtungen: Der Fall Daniel Bahr

Die politische Verantwortung für diese Entwicklung trägt unter anderem Daniel Bahr (FDP), der zum Zeitpunkt der Gesetzesverabschiedung Bundesgesundheitsminister war. Besonders kritisch wird sein Wechsel nach dem Ausscheiden aus der Politik bewertet: Bahr übernahm einen Vorstandsposten bei der Allianz Private Krankenversicherung (PKV) und später eine Rolle bei der Friede Springer Stiftung.

LobbyControl und andere Watchdogs kritisieren diesen Wechsel scharf. Die PKV profitiert strukturell von einer Schwächung der gesetzlichen Solidargemeinschaft und einer Privatisierung von Versorgungsstrukturen. Dass der Minister, der die gesetzlichen Rahmenbedingungen liberalisierte, später in die Führungsebene eines Profiteurs dieser Politik wechselte, ist ein klassisches Beispiel für den „Drehtür-Effekt“, der Zweifel an der Unparteilichkeit der ursprünglichen Gesetzgebung weckt.²⁷

4.1.2 Jens Spahn und das Netzwerk der Interessen

Auch Jens Spahn (CDU), späterer Gesundheitsminister, steht im Fokus der Kritik. Seine Beteiligung an der Lobbyagentur „Politas“ (während seiner Zeit als Abgeordneter im Gesundheitsausschuss) und seine engen Verbindungen zur Pharmaindustrie und Apotheken-Versandhändlern (via Beteiligungen und Netzwerke) werfen Fragen auf. Kritiker argumentieren, dass Spahn über Jahre hinweg eine Politik der „kreativen Zerstörung“ traditioneller Strukturen (Apotheken vor Ort) zugunsten digitaler und kapitalmarktorientierter Lösungen förderte.³⁰

4.2 Die Apotheken: DocMorris und der Hebel des EU-Rechts

Die niederländische Versandapotheke DocMorris (Zur Rose Gruppe) führte einen jahrelangen Abnutzungskampf gegen das deutsche Apothekenmonopol.

- **Der juristische Durchbruch:** Mit dem EuGH-Urteil von 2016, das die Preisbindung für verschreibungspflichtige Medikamente für ausländische Versender kippte, wurde das deutsche System destabilisiert. Der EuGH folgte der Argumentation, dass die Preisbindung den Marktzugang behindere – eine Argumentation, die stark von der Lobbyarbeit der Versandhändler beeinflusst war, die das Narrativ des „freien Warenverkehrs“ gegen den „Gesundheitsschutz“ ausspielten.³
- **Folgen für den Markt:** Das Resultat ist ein beschleunigtes Apothekensterben in

Deutschland. Während Versandhändler Boni gewähren durften, war dies deutschen Apotheken verboten (Inländerdiskriminierung). Die Politik brauchte Jahre, um hierauf mit dem Vor-Ort-Apotheken-Stärkungsgesetz (VOASG) zu reagieren – eine Verzögerung, die Marktanteile dauerhaft verschob.³⁷

5. Juristische Analyse: Beweisbarkeit und Regressmöglichkeiten

Die zentrale Frage für die geschädigten Branchen (Taxi, Apotheken) ist, ob aus der festgestellten Einflussnahme rechtliche Ansprüche abgeleitet werden können.

5.1 Frage 1: Ist die Einflussnahme theoretisch belegbar?

Ja, anhand der vorliegenden Quellen ist eine Einflussnahme strukturell und anhand von Präzedenzfällen belegbar. Die Beweiskette stützt sich auf:

Ebene der Einflussnahme	Belege und Strukturen	Relevanz für die Beweisführung
Legislativ	Revolving Door: Bahr (BMG \$to\$ Allianz), Kroes (EU \$to\$ Uber), Sweeney (Meta \$to\$ DPC).	Belegt den direkten Transfer von Insiderwissen und Netzwerken.
Exekutiv	Untätigkeit: Duldung von Uber-Verstößen durch lokale Behörden; Weigerung der irischen DPC, DSGVO durchzusetzen.	Belegt „Vollzugsdefizite“ als politisches Instrument.
Operativ	Uber Files: „Kill Switch“, „Cash for Media“-Deals, interne Bekenntnisse zur Illegalität.	Belegt den Vorsatz zur Rechtsumgehung und Manipulation.

Die Kombination dieser Faktoren erfüllt theoretisch die Definition von „State Capture“ oder zumindest massiver, demokratisch nicht legitimierter Einflussnahme.

5.2 Frage 2: Regressforderungen und Schadensersatz

Wären bei einem nachträglichen Beweis Regressforderungen noch möglich? Hier muss zwischen Staatshaftung und zivilrechtlicher Haftung der Konzerne unterschieden werden.

5.2.1 Ansprüche gegen den Staat (Amtshaftung / Legislatives Unrecht)

Für Taxiunternehmer oder Apotheker, die durch die staatliche Duldung von Uber oder DocMorris Umsatzeinbußen erlitten haben, ist der Weg der Amtshaftung (§ 839 BGB i.V.m. Art. 34 GG) steinig.

- **Drittgerichtete Amtspflicht:** Die Rechtsprechung (BGH) verneint oft, dass Gesetze wie das PBefG oder das Arzneimittelgesetz den *individuellen* Schutz des Konkurrenten bezeichnen. Sie dienen der Allgemeinheit. Eine Behörde, die gegen Uber nicht einschreitet, verletzt ihre Pflicht gegenüber der Öffentlichkeit, aber nicht zwingend gegenüber dem einzelnen Taxifahrer.⁴
- **Legislatives Unrecht:** Dass der Gesetzgeber ein Gesetz (wie das GKV-VStG) verabschiedet, das Investoren begünstigt, begründet keinen Schadensersatzanspruch, solange das Gesetz verfassungsgemäß zustande kam. Politischer Lobbyismus ist legal, solange er nicht die Schwelle zur Korruption (§ 108e StGB Abgeordnetenbestechung) überschreitet – was extrem schwer nachzuweisen ist.⁴¹

5.2.2 Ansprüche gegen die Konzerne (§ 826 BGB - Sittenwidrige Schädigung)

Hier liegen die größten Erfolgssäussichten, insbesondere im Fall Uber.

- **Tatbestand:** Wer einem anderen in einer gegen die guten Sitten verstößenden Weise vorsätzlich Schaden zufügt, ist zum Ersatz verpflichtet.
- **Subsumtion:** Die Nutzung des „Kill Switch“ zur Täuschung von Behörden, gepaart mit dem internen Vorsatz („We’re just fucking illegal“), erfüllt die Kriterien der Sittenwidrigkeit. Dies ist vergleichbar mit der „Schummelsoftware“ im Dieselskandal. Uber handelte nicht nur fahrlässig, sondern mit dem direkten Ziel, sich durch Rechtsbruch einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen.⁴⁴

5.2.3 Das Nadelöhr der Verjährung

Die entscheidende Hürde ist die Zeit.

- **Die 10-Jahres-Frist (§ 199 Abs. 3 BGB):** Ansprüche verjähren absolut 10 Jahre nach ihrer Entstehung. Für die Markteintritt von Uber in den Jahren 2013/2014 ist diese Frist 2023/2024 abgelaufen. Ansprüche aus dieser Frühphase sind weitgehend erloschen.
- **Die 3-Jahres-Frist und der Kenntnisfaktor (§ 199 Abs. 1 BGB):** Die regelmäßige Verjährung beginnt erst mit dem Schluss des Jahres, in dem der Gläubiger *Kenntnis* von den anspruchsgrundenden Umständen erlangt.
 - **Die Bedeutung der Leaks:** Hier liegt der entscheidende Punkt. Zwar wussten Taxiunternehmer, dass Uber ihnen schadet. Aber die *konkreten Beweise* für die Sittenwidrigkeit (Vorsatz, Kill Switch, politische Kollusion) wurden erst durch die „Uber Files“ im Juli 2022 öffentlich.
 - **Rechtliche Konsequenz:** Es ist juristisch gut vertretbar, dass die Verjährungsfrist für Ansprüche aus § 826 BGB erst Ende 2022 zu laufen begann. Damit würden diese Ansprüche erst am **31. Dezember 2025** verjähren.
 - Dies eröffnet ein Zeitfenster für Klagen, die auf der Argumentation basieren, dass das volle Ausmaß der Rechtswidrigkeit und der Täuschungsabsicht zuvor verborgen war.⁴

6. Schlussfolgerung

Die Untersuchung bestätigt die These, dass die Penetration europäischer Märkte durch US-Tech-Konzerne und Finanzinvestoren kein rein marktgetriebener Prozess war. Sie wurde durch eine Strategie ermöglicht, die rechtliche Grauzonen nicht nur nutzte, sondern aktiv erweiterte – sei es durch operativen Rechtsbruch (Uber), strukturelle Regulierungsvermeidung (Meta) oder legislatives Lobbying (Gesundheitswesen).

Die Antwort auf die spezifischen Fragen des Auftrags lautet:

1. **Einflussnahme ist belegbar:** Die Kombination aus internen Dokumenten („Uber Files“) und personellen Verflechtungen („Revolving Door“ bei Bahr, Kroes, Sweeney) liefert eine dichte Indizienkette für illegitime Einflussnahme. Strukturen wie die Überlastung der irischen Datenschutzbehörde oder die lobbygetriebene Öffnung des MVZ-Marktes sind keine Zufälle, sondern Ergebnisse strategischer Interessenpolitik.
2. **Regress ist schwierig, aber nicht unmöglich:** Während Schadensersatzforderungen gegen den Staat an hohen Hürden scheitern dürften, bieten sich im Zivilrecht gegen die Unternehmen Chancen. Insbesondere für die Taxi-Branche könnte die Veröffentlichung der „Uber Files“ im Jahr 2022 die Verjährungsuhren neu gestartet haben. Eine Klagewelle auf Basis von § 826 BGB (sittenwidrige Schädigung) erscheint bis Ende 2025 juristisch denkbar, sofern der Kausahnachweis im Einzelfall geführt werden kann.

Die „Aufrollung“ der Märkte hinterlässt nicht nur ökonomische Gewinner und Verlierer, sondern beschädigt das Vertrauen in die Wehrhaftigkeit des Rechtsstaats gegenüber globalem Kapital. Eine juristische Aufarbeitung über Schadensersatzprozesse könnte hier eine korrigierende, wenn auch späte Funktion erfüllen.

Referenzen

1. Uber offered shares to media barons for political help, leak reveals - The Guardian, Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://www.theguardian.com/news/2022/jul/11/uber-offered-shares-to-media-barons-for-political-help-leak-reveals>
2. How Uber won access to world leaders, deceived investigators and exploited violence against its drivers in battle for global dominance - ICIJ, Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://www.icij.org/investigations/uber-files/uber-global-rise-lobbying-violence-technology/>
3. ECLI:EU:C:2021:609 - CURIA - Documents, Zugriff am Januar 10, 2026,
https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=244193&page_index=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1
4. Verjährung von Amtshaftungsansprüchen gegen das Land Brandenburg - Beck.de, Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://rsw.beck.de/aktuell/daily/meldung/detail/bgh-verjaehrung-von-amtshaftungsanspruechen-gegen-das-land-brandenburg>
5. Oberlandesgericht Hamm, 11 U 21/21 - Land NRW, Zugriff am Januar 10, 2026,
https://hrwe.justiz.nrw.de/olgs/hamm/j2022/11_U_21_21_Urteil_20220112.html
6. Plenarprotokoll 17/243 - Deutscher Bundestag, Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://dserver.bundestag.de/btp/17/17243.pdf>

7. Taxi-Vereinigung Frankfurt am Main e.V., Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://tv-ffm.de/wp-content/uploads/2019/10/TJ-September-2019.pdf>
8. The Uber Files: leaked documents reveal a strategy of chaos – has anything changed?, Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://www.citystgeorges.ac.uk/news-and-events/news/2022/07/the-uber-files-leaked-documents-reveal-a-strategy-of-chaos-has-anything-changed>
9. Uber broke laws, duped police and secretly lobbied governments, leak reveals - The Guardian, Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://www.theguardian.com/news/2022/jul/10/uber-files-leak-reveals-global-lobbying-campaign>
10. Uber Files: Worum geht es bei den Vorwürfen gegen den Fahrtenvermittler? - Spiegel, Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/uber-files-worum-geht-es-bei-den-vorwuerfen-gegen-den-fahrtenvermittler-a-6b238fbc-2c71-465a-a6ee-253fedbf1562>
11. LOBBY TRANSPARENCY ACROSS THE EU, Zugriff am Januar 10, 2026,
https://transparency.eu/wp-content/uploads/2024/02/Transparency-international-EU-briefing_Lobby-transparency-in-the-EU.pdf
12. Bundestag debattiert über Novellierung der Personenbeförderung / Taxi Deutschland warnt Politik vor folgenreichen Fehlentscheidungen / Verkehrschaos droht - Presseportal, Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://www.presseportal.de/pm/105339/4824891>
13. Verwaltungsgericht Düsseldorf, 6 L 537/24 - Land NRW, Zugriff am Januar 10, 2026,
https://nrwe.justiz.nrw.de/ovgs/vg_duesseldorf/j2025/6_L_537_24_Beschluss_20250512.html
14. Widerruf einer Genehmigung zum Verkehr mit Mietwagen wegen, Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/Y-300-Z-BECKRS-B-2025-N-17272?hl=true>
15. Enforcement spotlight - Autumn 2025 - Centre for Future Generations, Zugriff am Januar 10, 2026, <https://cfg.eu/enforcement-spotlight-autumn-2025/>
16. DPC under pressure from critics. - GDPR Xpert, Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://www.gdprxpert.ie/dpc-under-pressure-from-critics-including-schrems-and-facebook/>
17. Ireland: Corrupt GDPR procedures now "confidential" - NOYB, Zugriff am Januar 10, 2026, <https://noyb.eu/en/ireland-corrupt-gdpr-procedures-now-confidential>
18. Complaint v Ireland to European Commission re process appointing ex-Meta lobbyist as Data Protection Commissioner - Irish Council for Civil Liberties, Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://www.iccl.ie/digital-data/complaint-v-ireland-to-european-commission-re-process-appointing-ex-meta-lobbyist-as-data-protection-commissioner/>
19. Meta's \$8 Billion Privacy Settlement: Key Compliance Lessons for Modern Organizations, Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://www.compliancehub.wiki/metas-8-billion-privacy-settlement-key-compliance-lessons-for-modern-organizations>

[nce-lessons-for-modern-organizations/](#)

20. 1.2 billion euro fine for Facebook as a result of EDPB binding decision, Zugriff am Januar 10, 2026,
https://www.edpb.europa.eu/news/news/2023/12-billion-euro-fine-facebook-result-edpb-binding-decision_en
21. Ireland Fines Meta €1.2 Billion, Orders Halt of Personal Data Transfers to U.S. - Epic.org, Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://epic.org/ireland-fines-meta-e1-2-billion-orders-halt-of-personal-data-transfers-to-u-s-%EF%BF%BC/>
22. An American One-Stop Shop: The Improbability of a GDPR Tool in the United States, Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://scholarship.shu.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=2129&context=shlj>
23. How the EU Could Dominate US Tech Giants - Advisor Capital Management, Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://advisorscapital.com/portfolio/how-the-eu-could-dominate-us-tech-giants/>
24. Irish DPC tells Facebook to stop transferring data to the US: Should panic ensue? - IAPP, Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://iapp.org/news/a/dpc-tells-facebook-to-stop-transferring-data-to-the-us-should-panic-ensue>
25. Plenarprotokoll 19/86 - Deutscher Bundestag, Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://dserver.bundestag.de/btp/19/19086.pdf>
26. Land, Arzt, Mangel - Konflikte um eine gesicherte Gesundheitsversorgung - OAPEN Library, Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://library.oapen.org/bitstream/handle/20.500.12657/95926/1/9783839471371.pdf>
27. Jahresbericht 2014 | LobbyControl, Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/2014-Jahresbericht-LobbyControl.pdf>
28. Lobbycontrol: Drei Jahre Wartezeit für Ex-Politiker - Pharmazeutische Zeitung, Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://www.pharmazeutische-zeitung.de/2014-09/lobbycontrol-drei-jahre-wartezeit-fuer-ex-politiker/>
29. Daniel Bahr zu Allianz: Ex-Gesundheitsminister wird PKV-Top-Manager - DER SPIEGEL, Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/daniel-bahr-zu-allianz-ex-gesundheitsminister-wird-pkv-top-manager-a-994461.html>
30. Mehr zu Gesundheitswesen und Lobbyismus - LobbyControl, Zugriff am Januar 10, 2026, <https://www.lobbycontrol.de/schlagwort/gesundheit/>
31. Lobbypedia:Jens Spahn, Zugriff am Januar 10, 2026,
https://lobbypedia.de/wiki/Lobbypedia:Jens_Spahn
32. Jens Spahn - Lobbypedia, Zugriff am Januar 10, 2026,
https://lobbypedia.de/wiki/Jens_spahn
33. CDU-Gesundheitsexperte: brisante Nebeneinkünfte - LobbyControl, Zugriff am Januar 10, 2026,

- <https://www.lobbycontrol.de/lobbyregister/cdu-gesundheitsexperte-brisante-nebeninkunfte-12744/>
34. Plenarprotokoll 21/38 - Deutscher Bundestag, Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://dserver.bundestag.de/btp/21/21038.pdf>
35. Entscheidung finden - Beschluss vom 31. März 2016 - Bundesverfassungsgericht, Zugriff am Januar 10, 2026,
https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2016/03/rk20160331_2bvr092914.html
36. EuGH kippt deutsche Preisbindung für Medikamente - Seite 2 - LTO, Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/eugh-urteil-c1485-preisbindung-medikamente-arzneimittel-deutschland-gekippt-versandhandel/2>
37. Sieh mal, Sigmar... | APOTHEKE ADHOC, Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://www.apotheke-adhoc.de/nachrichten/detail/panorama/aporetro-satire-rueckblick-sieh-mal-sigmar/>
38. „Manche Tage sind besonders frustrierend“ | APOTHEKE ADHOC, Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://www.apotheke-adhoc.de/nachrichten/detail/panorama/manche-tage-sind-besonders-frustrierend/>
39. Apothekensterben in Deutschland: Zukunftsrezept gesucht | taz.de, Zugriff am Januar 10, 2026, <https://taz.de/Apothekensterben-in-Deutschland/15755054/>
40. Teil 2: Verwaltungsrecht Verwaltungsrecht - Inlibra, Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://www.inlibra.com/document/download/pdf/uuid/2cb6c10e-595d-354f-b8eb-bdcee19b6862?page=6&toc=4913545>
41. Das verfassungsrechtliche Gebot der Verantwortung deutscher Politiker im Bundestag sowie deren Haftung im Zivilrecht - Cuvillier Verlag, Zugriff am Januar 10, 2026, https://cuvillier.de/get/ebook/6865/9783736969278_eBook_zer.pdf
42. KAPITEL 1: EINFÜHRUNG IN DIE THEMATIK A. Problemstellung In dem Aphorismus des englischen Historikers und Schriftstellers Edwa, Zugriff am Januar 10, 2026, https://cuvillier.de/uploads/preview/public_file/13461/9783736979277_zer_Buch_1-2_Leseprobe.pdf
43. Barton: Der Tatbestand der Abgeordnetenbestechung (§ 108e StGB) NJW 1994, 1098, Zugriff am Januar 10, 2026,
[https://www.uni-bielefeld.de/fakultaeten/rechtswissenschaft/ls/barton/publikationen/NJW-1994-1098-1101-Der-Tatbestand-der-Abgeordnetenbestechung-\(108e-StGB\).pdf](https://www.uni-bielefeld.de/fakultaeten/rechtswissenschaft/ls/barton/publikationen/NJW-1994-1098-1101-Der-Tatbestand-der-Abgeordnetenbestechung-(108e-StGB).pdf)
44. Schadensersatz und Schadenfreude: Das 400.000-Euro-Urteil gegen die Flughafen- "Klimakleber" - Beck.de, Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://rsw.beck.de/aktuell/daily/meldung/detail/LG-Hamburg-325-O-168-24-schadensersatz-klimaaktivisten-flughafen-urteilsgruende-823-bgb>
45. Sethe, Rolf, Zivilrechtliche Rechtsfolgen der Korruption am Beispiel von Bankgeschäften, WM 1998, at 2309 et seq., Zugriff am Januar 10, 2026,
https://www.trans-lex.org/130800/_sethe-rolf-zivilrechtliche-rechtsfolgen-der-korruption-am-beispiel-von-bankgesch%C3%A4ften-wm-1998-at-2309-et-seq/
46. Sittenwidrige Schädigung | Bedeutung & Erklärung | Legal Wiki, Zugriff am Januar

- 10, 2026, <https://www.mtrlegal.com/wiki/sittenwidrige-schaedigung/>
47. Deutschland: Unzulässiges Lobbying - Neuer Straftatbestand zur Korruptionsbekämpfung - Baker McKenzie InsightPlus, Zugriff am Januar 10, 2026,
https://insightplus.bakermckenzie.com/bm/attachment_dw.action?attkey=FRbAN_EucS95NMLRN47z%2BeeOgEFCt8EGQJsWJiCH2WAWE%2FeOkjb67%2BmFaPsh27AJA&nav=FRbANEucS95NMLRN47z%2BeeOgEFCt8EGQbuwypnpZjc4%3D&attdocparam=pB7HEsg%2FZ312Bk8OluOIH1c%2BY4beLEAe9L8CY01oGu0%3D&fromContentView=1
48. Zur Verjährung von Amtshaftungsansprüchen | OGH | ogh.gv.at - Der Oberste Gerichtshof, Zugriff am Januar 10, 2026,
<https://www.ogh.gv.at/entscheidungen/entscheidungen-ogh/zur-verjaehrung-von-amtshaftungsanspruechen/>